

# KLAFFENDE LÜCKE

Nur wenige Betriebe haben eine **Ernteversicherung**. Die Verträge sind einfach zu teuer. Der Bund soll die **Prämien endlich bezuschussen**, fordern die Länder. Andere EU-Staaten machen vor, wie es im Sinne der Landwirte gehen kann.



Die Ernten sind in Deutschland durch Wetterextreme zunehmend in Gefahr. Kaum ein Landwirt ist dagegen versichert.



**W**er Landwirtschaft betreiben will, muss zuerst investieren, richtig viel investieren. Im Durchschnitt 633.000 Euro pro Arbeitsplatz. So hoch war die Kapitalintensität in der Landwirtschaft im Jahr 2020, Tendenz stark steigend. Das ist viel Kapital, das auf dem Spiel steht. Und dabei ist die Landwirtschaft extremen Risiken ausgesetzt. Die Erlöse schwanken kurzfristig oft erheblich. Die Ursachen sind in erster Linie die volatilen Agrarmärkte und das Wetter. Darum haben Versicherungen für Landwirte einen hohen Stellenwert. Denn es geht um existenzielle Risiken.

Der Klimawandel verstärkt diese Risiken. Im Jahr 2018 brach eine Dürre von nationalem Ausmaß über die Branche herein. Die Ernteschäden wurden auf 2 Mrd. Euro geschätzt. Im Jahr 2021 verursachten Flutkatastrophen in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen nicht nur mehr als 180 Todesopfer, sondern auch die höchsten versicherten Sachschäden aller Zeiten. Die Versicherungen verbuchten mit 12,5 Mrd. Euro eine so hohe Schadenbelastung aus Naturgefahren wie nie zuvor.

Landwirte sind sich dieser Risiken für ihr Unternehmen und damit für die Existenzgrundlage ihrer Familien bewusst. Das hat eine Befragung von agri EXPERTS im Auftrag der Versicherungskammer Bayern bestätigt. Nur 4 Prozent der befragten Landwirte haben für ihren Betrieb keine Gebäudeversicherung abgeschlossen, nur 7 Prozent haben keine Inventarversicherung. Immerhin fast drei Viertel der Ackerfläche sind durch eine Hagelversicherung abgedeckt.

a

#### AUF DEN PUNKT

- Landwirte sehen in witterungsbedingten Ernteaussfällen eines der größten Betriebsrisiken.
- Ernteversicherungen sind denoch bislang nur gegen Hagel weit verbreitet.
- Die neue Bundesregierung steht unter Druck, die teuren Versicherungen zu bezuschussen.

Doch bei den Risiken Trockenheit, Sturm, Frost und Starkregen klafft eine riesige Versicherungslücke. Und das, obwohl die fast 700 befragten Landwirte einen Ernteaussfall als das zweithöchste Risiko nach den allgemeinen Marktrisiken für ihren Betrieb einstufen, mit deutlichem Abstand zum Beispiel vor Tierseuchen. Fakt ist: Eine umfassende Ernteversicherung hat bisher nur eine kleine Minderheit der Betriebe im niedrigen einstelligen Prozentbereich unterzeichnet. Das hat einen einfachen Grund: die Kosten. Die Beiträge für eine Ernteversicherung gegen die wahrscheinlichsten Wetterextreme sind für die Betriebe nicht zu leisten. Das hat vor allem damit zu tun, dass

die Wetterextreme im Schadensfall meist größere Regionen betreffen. Folglich fallen die Schäden, die von den Versicherungen beglichen werden müssten, sehr hoch aus. Die Versicherer berücksichtigen dies in den Beiträgen, die dementsprechend teuer sind.

#### PRÄMIEN SIND VIEL ZU HOCH

Dazu eine einfache Beispielrechnung: Nehmen wir an, die Landwirte in Unterfranken wollten ihre 270.000 ha Ackerfläche gegen Trockenheit versichern. Der versicherte Hektarertragswert soll 2.000 Euro betragen. Das ergibt eine Versicherungssumme von 540 Mio. Euro. Würde eine Versicherung eine Prämie von 10 Prozent des Hektarertragswertes verlangen, käme insgesamt ein Versicherungsbeitrag von 54 Mio. Euro herein.

Wenn nun in einem trockenen Jahr gut ein Drittel der Ackerfläche oder 94.500 ha geschädigt würden, müsste die Versicherung bei einem Schaden von 30 Prozent insgesamt 56,7 Mio. Euro auszahlen – ein Minusgeschäft für die Assekuranz, und dies trotz der sehr hohen Prämie von 10 Prozent, die viele Landwirte abschrecken dürfte. Wer würde schon 200 Euro/ha Weizen für eine Ertragsschadenversicherung bezahlen?

Auf staatliche Nothilfen zu setzen, ist aber auch keine Lösung. Das hat das Dürrejahr 2018 gezeigt. Die damalige Bundesagrarministerin Julia Klöckner stufte die Ernteschäden als Ereignis von „nationalem Ausmaß“ ein. Bund und Länder stellten 340 Mio. Euro als Nothilfe zur Verfügung, davon wurden 230 Mio. Euro ausgezahlt. Als Ad-hoc-Hilfe durch den Steuerzahler »



ist die Summe nicht gering zu bewerten. Jedoch betragen die Ernteauffälle laut Schätzungen 2 Mrd. Euro. Hinzu kommt: Eine staatliche „Soforthilfe“ erreicht die Betriebe aufgrund der damit verbundenen Bürokratie meist erst mehrere Monate nach der Krise. Für einen Betrieb in einem akuten Liquiditätsengpass kann das zu spät sein.

Die Bereitschaft der Politik, die Folgen zunehmender Wetterextreme aus öffentlichen Haushalten abzufedern, ist ohnehin gering. „Der Staat kann hier nicht immer wieder mit Hunderten von Millionen Euro Ad-hoc-Hilfen einspringen“, so Bayerns Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber. Sie kündigte darum bereits im Mai 2021 an, dass der Freistaat ab 2023 jährlich rund 50 Mio. Euro einplanen wird, um die Beiträge für Ernteversicherungen zu bezuschussen.

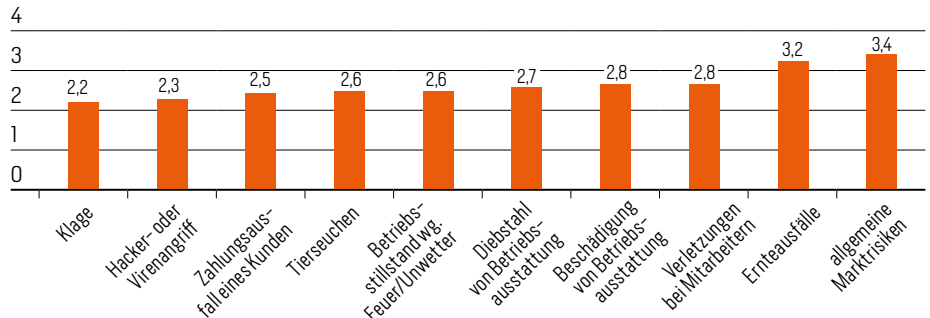
Bislang fördert Bayern eine Mehrgefahrenversicherung nur für Obst und Wein mit 50 Prozent Prämienzuschuss. Vergleichbare Modelle halten Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz für die Winzer und Obstbauern bereit. Nach Angaben der Versicherungswirtschaft wurde in allen drei Bundesländern etwa ein Drittel der förderfähigen Sonderkulturfläche tatsächlich versichert.

### LÄNDER TREIBEN DEN BUND AN

Mittlerweile hat sich unter den Bundesländern die Einsicht durchgesetzt, dass das wachsende Risiko von witterungsbedingten Ernteauffällen einer systematischen Lösung bedarf. Die Amtschefs der Landesagrarministerien forderten den Bund darum bei ihrer Konferenz Anfang Januar einstimmig auf, Versicherungen gegen witterungsbedingte Risiken aus der Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ (GAK) zu fördern. Dazu sollen zusätzliche Fördermittel in der GAK eingeplant werden.

Eine Sprecherin von Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir erklärte, der Bund werde nun prüfen, ob eine Förderung aus der GAK ein „sinnvoller Beitrag zur Unterstützung des Risikomanagements sein kann“. Dabei sei auch die Haushaltslage zu berücksichtigen. Bisher hat der Bund eine Bezuschussung von Mehrgefahrenversicherungen stets abgelehnt. Die große Koalition hatte auf die Länder verwiesen: Diese müssten eine entsprechende Finanzierung anbieten. Angesichts der regionalen und strukturellen Unterschiede der Anbaubetriebe und der unterschiedlichen Verteilung

### Wie hoch stufen Sie die folgenden Risiken für Ihren Betrieb ein?



1 = sehr gering; 5 = sehr hoch; Quelle: agri EXPERTS, Versicherungskammer Bayern

agrarheute www.agrarheute.com, Ausgabe 03/2022

extremer Wetterereignisse seien regional differenzierte Lösungen der richtige Weg, so das Bundeslandwirtschaftsministerium noch 2020 unter Führung der CDU-Politikerin Julia Klöckner. Auch eine Anschubfinanzierung von Mehrgefahrenversicherungen auf Bundesebene sei kritisch zu sehen, insbesondere wenn sie zulasten der Direktzahlungen gehe.

Ende März soll Özdemir den Landesministern berichten, wie sich der Bund künftig zu einer Bezuschussung von Versicherungsprämien stellt. Dann muss die Ampelkoalition Farbe bekennen. Modellrechnungen der Vereinigten Hagel beziffern den Bedarf an öffentlichen Mitteln für eine Mehrgefahrenversicherung für den Ackerbau einschließlich Sonderkulturen auf 350 Mio. bis 400 Mio. Euro in den ersten Jahren der Einführung. Unterstellt sind dabei ein gewisser

Selbstbehalt und die Annahme, dass etwa zwei Drittel der Acker- und Sonderkulturflächen versichert werden.

### WETTBEWERBSNACHTEIL

Sollte Deutschland tatsächlich in die Prämienförderung einsteigen, würde damit ein Wettbewerbsnachteil gegenüber den Landwirten in fast allen EU-Nachbarstaaten abgebaut. In Frankreich, den Benelux-Ländern und Polen werden die Prämien zu Ernteversicherungen mit bis zu 65 Prozent bezuschusst. In Österreich sind es 55 Prozent.

In Frankreich hat die Regierung jetzt sogar einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, mit dem die staatlichen Zuschüsse für das Risikomanagement auf 600 Mio. Euro pro Jahr verdoppelt würden. Bislang als Naturkatastrophen eingestufte Ereignisse mit hohen Schäden sollen sogar komplett aus Steuergeldern abgesichert werden. In diesen Fällen wäre nicht einmal eine Versicherung als Voraussetzung für eine Entschädigung notwendig.

Für mittlere Risiken soll eine bezuschusste Versicherung angeboten werden. Wer diese nicht abschließt, erhält im Schadensfall vom Staat höchstens die Hälfte der Gesamtkompensation der Versicherten. Der französische Bauernverband (FNSEA) begrüßt, dass die Regierung den Spielraum des EU-Rechts, das bis zu 70 Prozent Prämienzuschuss erlaubt, voll ausschöpfen will. Ob die neue Bundesregierung diesen Weg nun auch einschlagen wird, muss sich erst zeigen. ●



Norbert Lehmann  
Redakteur Magazin

[norbert.lehmann@agrarheute.com](mailto:norbert.lehmann@agrarheute.com)

